

Sehr geehrter Herr Justizminister!

Vorerst herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Beförderung zum Vizekanzler.
Gleichzeitig möchte ich Ihnen aus Anlass der bevorstehenden Wahl einige Vorstellungen zu einer dringend notwendigen Justizreform übermitteln:

Der legendäre Vorgänger Christian Broda hat einmal in den 70- er Jahren als Justizminister im Kabinett Kreisky erklärt, dass die Justizreform ein wichtiger Bestandteil der Politik ist, diese jedoch sträflich vernachlässigt wird.

Sie haben zwar manche Bereiche erneuert, doch wesentliche Punkte sind von Ihnen entscheidend vernachlässigt worden:

Der Zugang zum Recht ist in Österreich in Folge der hohen Anwalts - Kosten (auch Sie haben eine Kostenerhöhung um 10 % bewilligt) immer schwieriger geworden und zeigt auf, dass trotz aller Bemühungen der Richterschaft der Vorwurf der Klassenjustiz in manchen Fällen gerechtfertigt ist.

Ein Prozess gegen eine Versicherung, eine Bank oder andere potente Einrichtungen ist für einen normalen Bürger in Folge der Kosten und der Dauer nicht zu bewältigen.
Dazu kommt, dass das derzeitige System der Anwalts - Entlohnung nach Aktivität und Zeitaufwand dazu verleitet, dass von Seiten der Anwaltschaft die Versuchung, den Prozess in die Länge zu ziehen, allzu groß ist.

Unzählige Beispiele, die ich selbst als ehemaliger Richter erlebt habe, ebenso Fernsehsendungen von Peter Resetarits beweisen dies.

Sie selbst haben ja die Dimensionen von Anwaltskosten erlebt als Sie, im Kaprun - Prozess in einem langwierigen Verfahren als Verteidiger und Organ der Rechtspflege dazu beigetragen haben, dass ein tragischer Justizirrtum zu Lasten von Angehörigen von 155 Toten durch die österreichische Justiz zu verantworten war und in der Folge diese leidgeprüften Angehörigen entsprechend mit Almosen abgefertigt wurden.

Ich erlaube mir, angesichts der Privilegien -Diskussion, auch die Frage zu stellen wie weit ein Professor der im Dienste des Staates steht, zur gleichen Zeit als Verteidiger mit Zeitaufwand ein entsprechendes Honorar, dessen Höhe ich mir ausmalen kann, verdienen kann.

In diesem Zusammenhang schlage ich vor, dass endlich wie bei den Notaren ein Pauschalhonorar bis zum Ersturteil gesetzlich geregelt wird, was sofort die Prozesskosten und die Dauer der Verfahren entscheidend reduzieren würde.

Gleichzeitig sollten die Wertgrenzen beim Bezirksgericht und sowohl der absolute auch der relative Anwaltszwang reduziert werden.

Die Familien - Gerichtsbarkeit ist von besonderer Bedeutung:

Man sollte Überlegungen anstellen, ob man nicht schon bei der Auswahl und Ausbildung der Richter einen eigenen Familien- Richter Typus, schafft was insbesondere für die Zukunft unserer Familien und Gesellschaft von großer Bedeutung ist.

In diesem Sinne sollte auch eine Maßnahme verwirklicht werden, die die ehemalige Justizministerin Bandion - Ortner vorgeschlagen hat:

Jeder Richter vom Bezirksrichter zum Höchst - Richter sollt einmal im Monat sowohl persönlich, als auch telefonisch für die Bevölkerung erreichbar sein.

Ich treffe genug Menschen, die wochenlang versucht haben einen Richter zu erreichen.

Diese Maßnahmen in Zusammenhang mit der Reduzierung der Kosten und Dauer der Verfahren könnte einen weitem Schritt bedeuten, dass die österreichische Justiz als dritte Gewalt zusätzliche Akzeptanz erfährt.

Der legendäre, leider allzu früh verstorbene, Präsident der österreichische Richter.-Vereinigung Sepp Klingler hat kurz vor seinem Tode Justiz - Reformen im Inneren Justiz-Betrieb eingemahnt.

Dazu gehört, dass eine externe Kontrolle möglich sein muss, womit die Unabhängigkeit der Justiz als Grundpfeiler unserer Demokratie nicht im Geringsten beeinträchtigt wäre.

Was die Staatsanwaltschaft anlangt, so haben Sie selbst vor Ihrer Ministertätigkeit vorgeschlagen, einen unabhängigen Bundesstaatsanwalt, gewählt von Parlament, der für einen schlagkräftige und effektive Staatsanwaltschaft zu sorgen hat, einzurichten.

Die derzeitige Lösung mit dem Weisenrat und unzähligen Berichts - Schritten ist keineswegs ein Fortschritt.

Diese Reformschritte sind nur ein Teil meines Programms, das ich auch schon Ihren VorgängerInnen vorgeschlagen habe; nachdem ich annehme, dass Sie als Justizminister-Kandidat der Liste Kurz antreten, halte ich es für gerechtfertigt, dass Sie auf diese Vorschläge eingehen.

Schon Ihrer Vorgängerin Beatrix Karl habe ich entsprechende Anregungen übermittelt und habe versucht, in eine Diskussion einzusteigen. Sie hat dies abgelehnt und hat daraufhin, wie ich prophezeit habe, ihr Amt an Sie verloren.

Bereits vor mehr als 40 Jahren habe ich in der Kleinen Zeitung einen Artikel geschrieben, wo ich gefordert habe, dass die Justiz in die Wirklichkeit eintrete und der Richter der Zukunft sich mehr als Sozialarbeiter und weniger als Amtsträger verstehen möge.

Inzwischen sind Jahrzehnte vergangen und ich Kenne viele RichterInnen, die sich zum Wohle der Bevölkerung bemühen; die Strukturen, insbesondere die unerträglichen Kosten, und die Verfahrens - Gesetze haben sich nicht geändert und bewirken, dass der Bürger sehr oft das Gefühl hat, dass sein Zugang zum Recht unendlich mühsam, mit Zeitaufwand und mit hohen Kosten verbunden ist.

Ich bin zuversichtlich, dass sie meine Vorschläge ernst nehmen und verbleibe mit freundlichen Grüßen:

Martin Wabl

Dr. Martin Wabl

Fehringer Strasse 52

A-8280 Fürstenfeld

Tel.: 03382 / 538 73

Mobil.: 0676 / 38 22 3 27

Fax.: 03382 / 538 73